

Die EU und der Euro – die Krise, die nicht endet

von Lucas Zeise

Der Artikel basiert auf einem Vortrag des Autors zu diesem Thema am 11. Mai 2019 im MEZ Berlin.

So kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament ist das Gerede davon noch weiter angeschwollen, dass die Europäische Union ein „Friedensprojekt“ sei und - sonderbarer noch - dass wir diesem Staatenbündnis den langen Frieden in Europa seit dem zweiten Weltkrieg verdanken. Sehen wir kurz darüber hinweg, dass der Krieg der Nato-Staaten mit Beteiligung vieler EU-Mitgliedsstaaten gegen Jugoslawien ein regelrechter (Angriffs-)Krieg war, und sehen wir auch darüber hinweg, dass der kalte Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten alles andere als Frieden war und auch von den Zeitgenossen nicht so empfunden wurde. Dennoch gratulieren wir uns selbst, ganz wie die Vertreter der These von der an sich friedlichen EU zu der Tatsache, dass es nach 1945 keinen Krieg vom Typ der beiden Weltkriege zuvor und eben auch keinen heißen Krieg mit Millionen von Toten zwischen den imperialistischen Mächten gegeben hat.

Ein Produkt der USA und des Kalten Krieges

Richtig an der These vom Friedensprojekt EU ist die Tatsache, dass die EU ein Produkt der USA und eben deshalb ein Produkt des von der imperialen globalen Hauptmacht USA geführten Kalten Krieges ist. Die Zusammenarbeit der Länder, die 1955 die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) gründeten, wurde von den USA nicht nur angeregt, sondern auch mit politischem und ökonomischem Druck durchgesetzt. Das ist historisch nicht umstritten. Sowohl Befürworter der EU als auch Gegner der EU sind dieser Meinung. Das entscheidende Jahr war 1948, als die USA unter der Regierung Harry Trumans den Schwenk zum Kalten Krieg vollzogen (Marshallplan, Gründung der OECD – damals OEEC, 1949 Nato, Ende der Entnazifizierung in Westdeutschland und Kurs auf Wiederbewaffnung etc.).

In diesem Sinne ist die EU tatsächlich ein Friedensprojekt. Sie ist ein Gebilde der „Pax Americana“. Dem imperialen Frieden der USA verdankt die Periode nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur die Abwesenheit von Krieg sondern auch die politökonomische Weltordnung. Unter dem US-Diktat war bereits 1944 in Bretton Woods eine Eindämmung der Gegnerschaft der internationalen Finanzkapitalgruppen vorgenommen worden: Nur eine Weltwährung, nämlich der Dollar, während die anderen Währungen feste Wechselkurse zu diesem einnehmen. Zugleich öffneten die USA teilweise den eigenen Heimatmarkt. Vor allem aber, sie öffneten die anderen Groß- und Kleinstaaten gegenüber ihrem Kapitalexport. Die ökonomische Zusammenarbeit westeuropäischer Staaten wurde ebenfalls von den USA angewiesen. Zugleich hatten die Kapitalisten Westeuropas ein Interesse an der Zusammenarbeit. Die größte Begeisterung gab es in der BRD. Erstens wurden die deutschen Konzerne akzeptabel, nicht nur unter Kaufleuten sondern auch in der bürgerlichen Gesellschaft. Zweitens war damals schon erkennbar, dass ein großer Absatzmarkt den deutschen Kapitalisten große Vorteile bringen würde.

Die EWG wurde zwar erst 1955 gegründet. Ihr ging aber die Montanunion derselben sechs Staaten (Frankreich, Italien, BRD und die sechs Benelux-Länder) voraus. Das Programm der EWG (Senkung der Binnenzölle auf Null) war aber keineswegs auf die EWG beschränkt. Vielmehr wurden weltweit (richtiger: kapitalismusweit) unter Anleitung Washingtons Zölle abgebaut und der Freihandel gefördert. Die ökonomischen Erfolge, vor allem das zügige

Wachstum der EWG, waren insofern nichts Besonderes. In Europa gediehen Skandinavien und Spanien ebenso gut. Insgesamt war die Periode zwischen 1945 und 1975 ökonomisch außergewöhnlich erfolgreich. Sie ist mit Recht als Periode des Klassenkompromisses und als „Goldenes Zeitalter des Kapitalismus“ (Hobsbawm) beschrieben worden. Klassenkompromiss, weil die Ausbeutungsrate in der Periode eher sank. Die damit vergleichsweise zu anderen Perioden relativ stark steigenden Löhne und Masseneinkommen erhöhten die Nachfrage, den Absatz und hielten damit das Wachstum hoch. Die Zollsenkungen wirkten in dieser Phase für Exporteure anregend und richteten umgekehrt in Märkten mit wettbewerbsschwächeren Industrien kaum Schaden an.

Tendenz zur Imperiumsbildung

Ökonomisch vollzieht sich die Integration der westeuropäischen Staaten in drei Stufen. Die erste ist die Erstellung einer Zollunion. Das heißt: keine Zölle zwischen den Mitgliedsländern und gemeinsame Zölle nach außen. Der zweite Schritt ist die Normierung der Waren und Marktregeln, in der Freihandelsprache handelt es sich dabei um die „Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse“. Es geht dabei um die Angleichung technischer Regeln für Waren, die in den Ländern des Kapitalismus zum Teil verschieden geregelt wurden. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass Kapitalisten ihre Waren im gesamten Freihandelsgebiet unter gleichen Bedingungen vertreiben können. Die komisch wirkende vorgeschriebene Krümmung der Salatgurke ist ein Beispiel für die Ausarbeitung des umfangreichen Regelwerks der EU. Es ist eine sehr umfangreiche Detailarbeit, sie erfordert auch extrem hohen Aufwand der Industrie-Lobby. Fast immer wartete allerdings die Brüsseler Bürokratie mit Regelungen darauf, dass sich die professionellen Verbände der Kapitalisten unter sich einigten, bevor der quasi-staatliche Segen für die EU-Normung erteilt wurde.

Da in vielen Fällen keine Einigkeit erzielt wurde, wurde der Trick der gegenseitigen Anerkennung gefunden. Danach muss die Aufsichtsbehörde eines EU-Staates die Produkte aus anderen EU-Staaten dann zulassen, wenn diese von einer anerkannten Aufsichtsbehörde eines EU-Landes zugelassen wurden. Diese Methode der Anerkennung von Produkten (oder Dienstleistungen) wurde insbesondere im Finanzsektor angewendet. Das wiederum bedeutete, dass ziemlich alles möglich wurde. Die Deregulierung des Finanzsektors wurde damit noch weiter als ohnehin getrieben.

Der dritte Schritt ist die Schaffung eines einheitlichen Kapitalmarkts. Zwar ist die Freiheit des Kapitalverkehrs die Kernfreiheit der gesamten EU-Veranstaltung. In Wirklichkeit sind die Bedingungen für den Kapitalexport und -import über Ländergrenzen hinweg dennoch höchst unterschiedlich geblieben. Einerseits ist die EU sowohl von den Regeln her als auch in der Praxis häufig sehr rigoros, was die Eingriffe nationaler Regierungen in das Kapitaleigentum betrifft. Die Brüsseler Kommission ist damit beauftragt, den Kapitalmarkt vor solchen Eingriffen zu schützen. Die Kommission selbst sieht das weit vorrangig etwa vor der Gefahr privater Monopolbildung. Die Angriffe der EU auf das Volkswagengesetz und - noch viel krasser - die Vernichtung der dem Sparkassensektor und dem Land NRW angehörenden WestLB sind dafür deutliche Beispiele. Die Privatisierung von Staatseigentum gehört zu den grundlegenden Zielen der EU.

Die ökonomische Integration der EU-Staaten ist politisch gewollt und gemacht. Umgekehrt hat die ökonomische Integration auch politische Wirkung. Die Gründer und Weiterentwickler der EU waren und sind sich dieser Tatsache bewusst. Man kann ihnen durchaus nachsagen, dass sie in der Beziehung Marxisten, zumindest aber historische Materialisten sind, insofern sie der Meinung sind, dass das ökonomische Sein das politische bestimmt. Aus der

ökonomischen Gemeinsamkeit sollte eine politische Einheit erwachsen - das war und ist die besonders in der BRD geäußerte Meinung und Hoffnung. Historisches Vorbild ist dabei die Geburt des Deutschen Reiches Nr. II aus dem Zollverein (gegründet 1834). Auch eine andere historische Analogie hat es ihnen angetan. Jedenfalls stellen sie sich gern vor, dass ähnlich wie einst Preußen, der größte und stärkste deutsche Staat, zur herrschenden Macht im 1871 hergestellten Deutschen Reich wurde, durchaus auch das in Westeuropa mächtigste Deutschland zum herrschenden Staat im noch um die EU zu schaffenden Imperium werden kann. Nur dass Preußen erst drei Kriege führte, bevor es mit dem deutschen Imperium klappte, hemmt die Europa-Fans, diese analoge Erzählung allzu oft und offen vorzutragen.

Die Logik der Währungsunion

Das Abkommen von Bretton Woods brach 1973 auseinander. Es regierten wieder die Finanzmärkte über die Währungsrelation im Kapitalismus. Das stürzte die EWG in eine tiefe Krise. Der freie offene Binnenmarkt war bei weitem nicht so nützlich wie zuvor. Nicht nur der Dollar schwankte wild im Vergleich zu DM, Franc, Lira und Gulden. Auch die Währungsschwankungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes waren erheblich. Die Ausfuhr von Waren in abwertende Länder brachte weniger Erlöse. Die Ausfuhr in aufwertende Länder konnte dafür zwar Extraerlöse abwerfen. Unsicher aber war, wie lange der jeweilige Währungszustand anhalten würde. Die Folge war, dass die Regierungen in Europa sich daran machten, eine Währungsunion zu planen. Die gelang allerdings erst mit Verzögerung nach einem Viertel Jahrhundert. Davor gab es Zwischenlösungen, über die feste Währungsrelationen zwischen einzelnen Ländern installiert wurden. Dies reichte auch über die damaligen Mitglieder der EG hinaus. Immer aber war die D-Mark als stärkste Währung in Europa daran beteiligt. Das letzte System - das EWS (Europäisches Währungssystem) - wurde 1999 vom Euro abgelöst.

An festen Währungsrelationen hatten die Kapitalisten aller beteiligten Länder ein Interesse. Es ist aber fair zu sagen, dass speziell die deutschen Unternehmen das größte Interesse an einem von Währungsschwankungen unbeschränkten Binnenmarkt hatten und haben. Umgekehrt bieten nationale Währungen mit der Möglichkeit der Abwertung Ländern mit wettbewerbsschwachen Unternehmen einen gewissen Schutz. Hinter den eigenen, eventuell immer mal wieder abgewerteten Währungsschranken konnten, ähnlich wie mit Zöllen zuvor auch, schwache Kapitalisten einen jeweils heimischen Markt vor der Konkurrenz stärkerer Ausländer schützen. Indem eine Währungsunion dem Zweck der Schaffung eines gemeinsamen, offenen Marktes dient, reißt sie Handelsschranken ein. In einem wirklich schrankenlosen Binnenmarkt gilt hingegen unmittelbar das kapitalistische Gesetz, wonach die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer werden und schließlich untergehen. Die Währungsunion dient also insbesondere dem starken Kapital in Europa. Es ist von ganz besonderem Nutzen aber für exportorientierte Kapitalisten. Diese finden sich besonders häufig in Deutschland.

Es ist deshalb kein Wunder, dass alle deutschen Regierungen seit dem Kollaps des Nachkriegssystems fester Wechselkurse mit Priorität die Politik verfolgt haben, in Europa feste Währungsrelationen herzustellen. Es ist allerdings auch kein Wunder, dass sich in der Realität der Euro-Währungsunion das Gesetz, wonach die Starken immer noch stärker, die Schwachen aber schwächer werden und schließlich ausscheiden, modellhaft durchgesetzt hat. Die leistungsstarken nord- und mitteleuropäischen Unternehmen profitierten von der Währungsunion. Sie verdrängten die schwachen auf deren traditionellen, nun ganz offenen Heimatmärkten. Das drückt sich in einem rasant wachsenden Leistungsüberschuss in Deutschland sowie in entsprechenden Defiziten in Italien, Spanien, Portugal, Irland und

Griechenland aus. Ohne Transferleistungen, die in entwickelten Staaten durch einheitliche Steuern und ein System der Sozialversicherungen aufrechterhalten werden, bluten Staaten mit wachsenden Defiziten in der Leistungsbilanz aus. Das ganze Land verarmt. Genau das geschah in den Südländern der Eurozone.

Ein großer Währungsraum bietet aber auch einen weiteren Vorteil. Die Kapitalisten und ihr Staat können sich einfacher und billiger selbst finanzieren. Die Finanzierung von Unternehmen und Staat ist weniger abhängig von den Launen der Finanzmärkte. Ein großer Währungsraum kann sich notfalls auch vom internationalen Kapitalmarkt abkoppeln. Der Euro ist für das Anlage suchende Kapital als Währung fast ebenso wenig vermeidbar wie der Dollar. Das US-Kapital konnte sich bisher - einzig auf dem Globus - Außenhandels- und Leistungsbilanzdefizite von jährlich mehreren hundert Milliarden Dollar leisten. Der Dollar konnte über Jahrzehnte hinweg deshalb zur Schwäche neigen. Jede andere Währung wäre vom Kapital wegen des weiter drohenden Wertverlustes gemieden worden. Nicht so der Dollar. Das Anlage suchende Kapital im Rest der Welt war immer bereit, die Finanzierungslücken der USA auszugleichen. Dieser Idealzustand niedriger Zinsen bei gleichzeitiger Fähigkeit, aus einer starken Position sich global verwerten zu können, ist ein wichtiger Vorteil einer Leitwährung. Mit einem einheitlichen und großen europäischen Währungsraum ergab sich für die Kapitalisten zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg die Chance, mit den USA hinsichtlich der Vorteile einer Anlage- und Leitwährung gleichzuziehen.

Die Schaffung der gemeinsamen Währung Euro bot für die Kapitalisten aller beteiligten Länder den Weltwährungsvorteil. Der aber war für die EU-Länder, die in der Vergangenheit häufig abgewertet hatten, neu und deshalb größer als speziell für die deutschen Kapitalisten. Die Kapitalisten des EU-Südens, Italiens, Spaniens, Portugals u.a. hatten zuvor, um Kredit zu erhalten, relativ hohe Zinsen vereinbaren müssen. Den deutschen Kapitalisten hingegen stand mit der D-Mark die zweit- oder dritt wichtigste Weltwährung zur Verfügung, in der sie sich verschulden konnten. Als der Euro 1997 zwischen den beteiligten EU-Ländern vereinbart war, ging der Zins in den südlichen Ländern zurück – beinahe auf das Niveau in Deutschland. In der Anfangsphase des Euro bis 2007 gab es deshalb in den Ländern des Südens einen Wirtschaftsaufschwung, während es für die deutschen Konzerne und die Konjunktur in Deutschland relativ schlecht lief.

Wettbewerb der Staaten statt der Kapitalisten

Der entscheidende Konstruktionsfehler der EU und der Euro-Währungsunion war und ist das Fehlen von Institutionen, die die vom freien Markt produzierten Ungleichgewichte wenigstens ansatzweise ausgleichen. Diese Auslassung ist auf das Betreiben Deutschland zurückzuführen. Die Währungsunion sollte zwar stattfinden, aber sie sollte auch billig sein. Sie sollte keine staatlichen Folgekosten oder Transferleistungen in - im Vergleich zu Deutschland - weniger entwickelte Regionen zur Folge haben. So wurde im Vertrag von Maastricht (1992) die transferfreie EWU (Europäische Währungsunion) und die Nichthaftung eines Staates für den anderen festgelegt. An die Stelle von staatlicher Regulierung trat stattdessen der "Wettbewerb". Gemeint ist aber nicht der Konkurrenzkampf zwischen den Warenproduzenten. Den gibt es durchaus auch. Gemeint ist vielmehr der Wettbewerb der Staaten untereinander. Sie ringen gegeneinander um die Gunst des Kapitals. Wer die niedrigsten Steuern und Löhne vorweisen kann, wer die lässigsten Regulierungen bei Umwelt- und Sozialstandards vorweist, wer die ergiebigsten Subventionen bereitstellt, der hat gewonnen. Zwar gibt es auf einigen dieser Gebiete EU-weite Regeln, die nicht unter- oder überschritten werden dürfen. Aber gerade auf dem für die Unternehmer finanziell wichtigen

Gebiet der Steuern, Sozialleistungen und Löhne herrscht weitgehend freier Wettbewerb. Für die Unternehmen, insbesondere jene die ohnehin grenzüberschreitend tätig sind, ist das angenehm kosten- und steuersparend. Für die Staaten ist es verheerend – insbesondere für jene, die zu den ohnehin schwächeren gehören.

Um sie zur Tugend anzuhalten, wurde auf Betreiben der deutschen Regierung in den Maastricht-Vertrag zur Währungsunion und später in den Lissabon-Vertrag die Bestimmung eingeführt, kein Staat hafte für die Schulden eines anderen. Das klingt wie eine vernünftige Regel. Denn warum sollten in der Tat österreichische Steuerzahler für Ausgaben aufkommen, die Belgier für ihre Straßen, ihre Armee und die Subvention ihrer Industrie getätigt haben? Ein solches Verhalten ist unter souveränen Staaten nicht üblich. Allenfalls gewährt man sich unter Freunden einen Kredit.

Wenn Staaten allerdings ihre Währungen zusammenlegen und eine gemeinsame schaffen, geben sie ein gehöriges Stück Eigenstaatlichkeit zugunsten eines neuen Gemeinwesens auf. Schließlich kann ein Staat ohne eigene Währung nur eingeschränkt Wirtschaftspolitik betreiben. Auf- und Abwertung, Veränderung des Zinsniveaus, Verfügung über den Notenbankgewinn, all das wird dem Einzelstaat als Entscheidungskompetenz entrissen und sozusagen zwischen den beteiligten Staaten vergesellschaftet. Die Personen an der Spitze deutscher Großunternehmen, Banken, Unternehmerverbände, der Bundesbank und des CDU-Wirtschaftsrates hingegen sahen in der Schwächung staatlicher Wirtschaftsmacht durchaus Vorteile. Schließlich meinen sie, dass ein abgespeckter Magerstaat sie freier, deregulierter und ungezügelter ihren Geschäften nachgehen lässt. Zudem ist ein magerer Staat deutlich billiger als ein starker.

Die EU verfügt deshalb weder über ein nennenswertes Budget, noch kann sie wie andere Volkswirtschaften eine übergreifende Wirtschaftspolitik betreiben. Allein die neu geschaffene Europäische Zentralbank durfte und sollte mit dem Auf und Ab der Leitzinsen die Inflation eindämmen und den Euro damit stahlhart wie einst die D-Mark machen. Ansonsten wurden die nun so eng verknüpften und vereinten Volkswirtschaften dem Wirken der freien Märkte, insbesondere der Finanzmärkte überlassen. Die gelegentlich vom Volkswillen verführten Regierungen oder gar Parlamente sollten keinerlei Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen ausüben können. Dass es unter diesen Umständen zu massiven Ungleichgewichten kommen musste, hat die deutsche Seite zwar gewusst, aber nicht gestört. Im Gegenteil, alle Vorschläge anderer Euro-Teilnehmer, wirtschaftspolitische Ausgleichsmechanismen zu suchen, wurden zurückgewiesen.

Die Hilflosigkeit der Euroländer, mit der Finanzierung ihrer Staatsschulden zurechtzukommen, hat zwei wesentliche Ursachen. Zum einen haben sich die Euroländer auch auf dem Gebiet der Finanzbeziehungen dem Wettbewerb um die Gunst des Anlagekapitals unterworfen. Zum anderen verbieten sie die Finanzierung der Staaten durch die gemeinsame Notenbank. Es ist gleichsam so, als hätten die Konstrukteure des Euro Selbstzerstörungsmechanismen eingebaut, die nun in einer Reihe immer neuer Explosionen ihr zerstörerisches Werk tun.

Der Euro scheitert nicht deshalb, wie oft vorgetragen wird, weil die an der Währungsunion beteiligten Länder kulturell und ökonomisch so unterschiedlich sind. Er scheitert vielmehr daran, dass er ein Produkt des Neoliberalismus ist. Die beteiligten Staaten wurden in einen Wettbewerb um die Gunst des Kapitals und um billigen Kredit gezwungen, obwohl dieser Kredit nur dank der staatlichen Autorität geschaffen werden konnte. Der Vorteil, den eine gemeinsame Währung bieten kann, das Kapital von der internationalen Geldspekulation

unabhängiger zu machen, wurde zielbewusst vermieden. Am Euro teilzunehmen, bringt Ländern mit strukturellen Schwächen keine Vorteile, während die Nachteile immer größer werden. Sie werden den Euro-Raum im eigenen Interesse verlassen oder abgesprengt werden.

EU ohne Zukunft

Die Finanzkrise von 2007 und die darauf folgende, bis heute dauernde weltweite Wirtschaftskrise haben das System des Neoliberalismus und damit das der EU in den Grundfesten erschüttert. Wenn man den Euro als Tauschgeschäft zwischen den Kapitalisten des Nordens in Europa (Deutschland, Benelux, Österreich, Finnland) und denen des Südens (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland) begreift, wonach erstere einen hindernisfreien Absatz- und Binnenmarkt erhalten, letztere aber eine Weltwährung mit vorzüglichen Kreditkonditionen, so hat dieser Deal 10 Jahre lang geklappt. (Frankreich liegt bei diesem Deal in der Mitte und profitierte in beider Hinsicht, wenn auch nicht in so starkem Maße wie die anderen Partnerländer.) 2010 ist dieses Tauschgeschäft in der Staatsschuldenkrise mit lautem Getöse geplatzt.

Die Südländer sind seit 2010 mit dem Euro schlechter dran als zuvor. Sie haben keine Möglichkeit mehr, ihre heimischen Märkte gegen der überlegenen Konkurrenz aus dem Norden (besonders Deutschlands) durch Abwertung abzuschotten. Weil Deutschland die Regeln des Finanzmarktes auch im Binnenschuldenverhältnis zwischen den Euroländern im Vertrag von Maastricht eingefügt hatte, war die Zeit der niedrigen Zinsen schlagartig vorbei. Im Gegenteil: besonders Griechenland, aber auch die anderen Südländer waren mit massiver Kapitalflucht konfrontiert.

Für die Kapitalisten der Euro-Südländer ist die Lage im Euro schlimmer, als sie außerhalb wäre. Man vergleiche die Situation Islands oder auch der Türkei. Beide Länder sind nicht gut dran. Sie sind aber in der Lage, eigene Maßnahmen gegen die Herrschaft des ausländischen Finanzkapitals zu unternehmen. Die Frage ist eigentlich, warum die Monopolbourgeoisien Portugals, Spaniens, Italiens und Griechenlands nicht die Konsequenzen ziehen und – ähnlich wie die Briten - aus dem Euro und der EU austreten. Es ist ja verblüffend, dass die politischen Parteien dieser Länder (einschließlich der jeweiligen Oppositionsparteien) in der übergroßen Mehrheit immer noch auf dem Pro-EU-Kurs verharren. Es gibt wohl zwei Gründe für diese Haltung. Zum einen ist die Monopolbourgeoisie dieser Länder sehr stark in die Strategien der US- und der anderen EU-Monopole eingebunden. Das trifft auch auf die politischen Führungszirkel zu. Wie in Deutschland sind sie eng mit den USA und untereinander vernetzt. Der zweite Grund besteht in der realistischen Erwartung, dass ein Konfliktkurs gegenüber der großen Konkurrenz mit hohen Risiken verbunden wäre. Die Einführung einer eigenen Währung würde einen radikalen Bruch der bisherigen Wirtschaftspolitik bedeuten. Die Grenzen müssten für Kapital, Waren und Personen streng kontrolliert werden. Eine Regierung, die dergleichen durchzieht, dürfte nicht lange überstehen. Denn ein Austritt - oder noch schlimmer: ein konfliktreicher Rausschmiss - aus dem Euro würde das betroffene Land in eine noch schwerere Wirtschaftskrise stürzen, als die Bevölkerung der Länder sie bisher durchgemacht hat.

Lehnen wir die EU ab? Kann man eine solche eherne Realität überhaupt ablehnen? Man kann es aus mindestens zwei Gründen. Erstens ist die EU, anders als richtige Staaten, kein Ausdruck eines „nationalen“ Klassenverhältnisses. Der Nationalstaat ist immer noch – und vermutlich auf Dauer – der Ort, wo der Klassenkampf politisch ausgetragen wird. Zweitens hat die EU keine nennenswerte Zukunft. Sie wird als imperialistisches Bündnis und

Unterdrückungsinstrument wahrscheinlich an den Widersprüchen zwischen den nationalen Bourgeoisien zerbrechen.

Die EU ist ihrem Wesen nach ein Freihandelsbündnis. Am Freihandel stört nicht, dass er die internationale Vergesellschaftung der Arbeit fördert. Wir bekämpfen stattdessen die im Verhältnis der Nationen zueinander im Rahmen des Kapitalismus regelmäßig aus dem Freihandel entstehende Tendenz, die starken Kapitalisten zu Lasten der Schwächeren zu fördern. Abkommen, die den Freihandel absichern, haben meist diesen Effekt. Abkommen, die nicht die Folge haben, die Starken auf Kosten der Schwachen zu bevorteilen, sind unter besonderen Umständen auch unter kapitalistischen Staaten möglich. Wären sie Allgemeingut, könnte man von einer etwas gerechteren Weltwirtschaftsordnung sprechen. Die Forderung nach einer gerecht(er)en Weltwirtschaftsordnung ist allerdings von der Realität des heutigen Kapitalismus sehr weit entfernt.

Konzepte zur Auflösung suchen

Wenn die Krise der EU fortschreitet, werden einige EU-Nationen sich gegen die EU-Herrschaft wehren und versuchen, sich aus dem Diktat zu befreien. Dies werden vermutlich keine sozialistischen oder auch nur sozial fortschrittlichen Kräfte sein. Vielmehr ist zu erwarten, dass eine Abwehrfront in diesen Ländern erst dann politisch einigermaßen wirksam wird, wenn die nationale (Monopol-)bourgeoisie sich beteiligt. Die Haltung der Kommunisten, Sozialisten und Demokraten dazu ist grundsätzlich nicht anders, als die in den nationalen Abwehrkämpfen in der übrigen Welt gegen die Übergriffe der Imperialisten. Diese antiimperialistische Haltung nehmen wir nicht nur dann ein, wenn Länder wie zum Beispiel Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien mit Krieg überzogen werden, sondern auch wenn die imperialistischen Herrschaftsansprüche noch unterhalb der Schwelle des Krieges vorgetragen werden. In der EU ist der imperiale Herrschaftsanspruch des deutschen Kapitals und seiner Regierung Alltag. Die Knebelung der Südländer mit Hilfe der Geldverfassung, der konditionierten Hilfskredite, der Eingriffe in die nationale Politik, der Aushebelung des Budgetrechts der Parlamente, all das sind Aggressionsakte, die wir bekämpfen. Unser Beitrag dürfte dabei sein, diese Aggression im Einzelnen zu schildern und ihren Charakter klar darzustellen. Am Beispiel Griechenland kann man das beispielhaft nachvollziehen. Die von Syriza geführte Regierung wollte weder einen Austritt aus dem Euro noch gar aus der EU, sondern nur eine Erleichterung der brutalen Konditionen. Diesem bescheidenen Begehrt galt unsere Solidarität, ungeachtet der Tatsache, dass dieselbe Regierung die Illusionen über den Charakter der EU und des Euro verstärkte. Die Solidarität für Griechenland widerspricht nicht der vielen engeren Solidarität mit der Kommunistischen Partei des Landes, die den Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes organisiert und darum kämpft, den Bruch mit dem Herrschaftssystem der EU zu vollziehen.

Das deutsche Monopolkapital hat massiv vom Euro und auch von der Eurokrise profitiert. Im großen, hindernisfreien Euro-Binnenmarkt wurde die jeweils heimische Konkurrenz klein gemacht oder ganz ausgeschaltet. Seit der Euro-Finanzkrise profitiert das deutsche Kapital wieder von Kreditkostenvorteilen. Ob ein Unternehmen ein Prozent wie in Deutschland oder vier Prozent wie in Italien Zinsen zahlt, ist ein gewaltiger Unterschied hinsichtlich der Kosten. Deutschland hat stärker als jedes andere Land von der Eurokrise profitiert. Zugleich ist die Eroberung von Märkten außerhalb der Eurozone dank des relativ billigen Euro leicht gefallen.

Die Großunternehmen haben seit 2009 bei nur mäßigem Umsatzwachstum sensationell hohe Gewinne gemacht. Die deutsche Arbeiterklasse ist erfolgreich gespalten und vielfach untergliedert worden. Das Lohnniveau allgemein stagniert. Einige Stammebelegschaften

erhalten dagegen Boni oder einen kleinen Anteil am Sondergewinn. Die IG Metall ist auf den Kurs der nationalen Wettbewerbsfähigkeit eingeschwenkt. Obwohl die Eurokrise beunruhigt, haben große Teile der Bevölkerung nach wie vor Vertrauen in den Kurs der Herrschenden mit dem Ziel, die EU zum Vor- und Hinterhof Deutschlands zu machen. Bis weit in die Linkspartei hinein und einschließlich der AfD vertreten die politischen Parteien in Deutschland eine Pro-EU-Position.

Angesichts der offensichtlichen, wenn auch nicht nachhaltigen ökonomischen Vorteile für die deutschen Lohnabhängigen (Zuwachs an Arbeitsplätzen und im Unterschied zu den anderen Euro-Ländern zuletzt sogar eine leichte Reallohnverbesserung) wäre es nicht besonders sinnvoll, eine Kampagne „Lasst uns die EU abwickeln“ zu beginnen. Nicht sinnvoll auch, weil wir keine klare Vorstellung davon haben, wie die unmittelbaren, auch negativen Folgen einer EU-Auflösung zu bewältigen wären. Ein Austritt Deutschlands aus der EU hätte, anders als ein Austritt aus der Nato, direkte ökonomische Nachteile. Ähnliches gilt für eine schnelle Auflösung der EU. Das ist anders als der Brexit für Britannien. Andererseits gibt es im Augenblick keine unmittelbaren Krisenmomente, die schnell zu einer Auflösung der EU treiben.

Das ist im Fall des Euro anders. Er führt zu immer stärkeren ökonomischen Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsländern der EU. Die Leistungs- und Zahlungsbilanzen laufen auseinander. Damit steigt die Verschuldung der Südländer, die nach dem jetzigen Regime durch rigorose Einschränkung der Lebensverhältnisse der Menschen und eine Beschränkung eigentlich notwendiger Investitionen begrenzt wird. Dadurch schrumpfen diese Ökonomien. Ein Austritt aus dem Euro wird für sie zur Überlebensfrage.

Der Euro kann sich jederzeit vom Markt getrieben auflösen, nämlich dann wenn ein Mitgliedsstaat seine in Euro denominierten Staatsschulden nicht mehr bezahlt. Das wäre eine vom Finanzmarkt erzwungene und von den Regierungen erduldet Trennung. Es ist aber auch eine krisenhafte Trennung. Für das betroffene Land wird die Lage chaotisch, da es auf kurze Sicht nicht über international akzeptiertes Geld verfügt. Für andere schwache Staaten entstünde ein erheblicher Druck, ihrerseits auszusteigen.

Um der Gefahr eines chaotischen Auseinanderfallens des Euro-Regimes vorzubeugen, ist eine Strategie für die Abwicklung der Währungsunion notwendig. Oskar Lafontaine hat eine Rückentwicklung zum Europäischen Währungssystem (EWS) vorgeschlagen, das vor 1999 die Währungen durch die Intervention der Zentralbanken in einer engen Bandbreite aneinander gebunden hatte. Im Vergleich zum Euro-Regime wäre das ein Fortschritt. Es bleibt aber das Problem, wie die Auflösung des Euro abgewickelt wird. EZB-Präsident Mario Draghi hat darauf hingewiesen, dass die Schulden der Einzelstaaten im Falle eines Austritts aus der Eurozone gegenüber der Europäischen Zentralbank zurückgezahlt werden müssen – und zwar in Euro. Bemerkenswert war die Äußerung Draghis auch insofern, als er die Möglichkeit eines Euro-Austritts überhaupt zu denken bereit war. Bis dato hatte die EZB immer den Standpunkt vertreten, die Währungsunion sei „irreversibel“, also unumkehrbar.

Für künftige Abwertungsländer ist die Rückzahlung dieser Schulden wahrscheinlich eine Unmöglichkeit. Man vergleiche die Lage Islands. Das Land war zwar weder in der EU noch in der Eurozone. In der Finanzkrise musste das Land die Banken übernehmen, die irrwitzig in aller Welt spekuliert hatten und enorme Schulden vor allem in EU-Europa gemacht hatten. Zugleich fiel auch deshalb die isländische Krone dramatisch. Die in Euro und Pfund denominierten Schulden hätten niemals zurückgezahlt werden können. Das Land erreichte einen radikalen Schuldenschnitt, der später, oh Wunder, von EU-Gerichten anerkannt wurde.

Meiner Meinung nach sollte die Frage nach einem Schuldenschnitt auf der Tagesordnung ganz oben bleiben. Sie stellt ein wichtiges Teilstück des Auswegs aus der ökonomischen Krise und der Finanzkrise dar.

Wahrscheinlich ist es richtig, die Abwicklung des Euro und der EU nicht in den Vordergrund unserer Politik zu stellen. Nicht nur, weil wir der Auffassung sind, dass wir Politik vorwiegend auf nationaler Ebene machen sollten.

Deutschland ist schließlich die Führungsmacht und Hauptprofiteur in der EU. Wenn die Vorteile nicht mehr ausreichen, sondern die Verluste wegen der Schwäche der EU-Partnerstaaten überwiegen, kann es sehr schnell dazu kommen, dass die deutsche Regierung die Abspaltung schwacher Staaten selber und damit eine Zellteilung des Euro in Starke und Schwache vorantreibt. Es ist deshalb wichtig Vorstellungen zu entwickeln und zu sagen, wie eine Rückabwicklung des Euro und eine Auflösung der EU auszusehen hätte.